

An den
Bürgermeister der Stadt Oelde

-persönlich oder Vertreter im Amt-

Betrifft Ausschreibung des Betriebes der Radstation

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

seit nunmehr über einem Jahr nutze ich - gemeinsam mit der Asylbewerberberaterin - einen Büroraum im Bahnhofsgebäude. Der Zugang zu diesem Büroraum führt durch die Radstation, so dass ich einen intensiveren Einblick in die dortigen Verhältnisse gewinnen konnte. Deshalb erlaube ich mir, kritisch zu der jetzigen Ausschreibung des Betriebes der Radstation Stellung zu nehmen.

Wer sich mit den örtlichen Verhältnissen hinreichend vertraut gemacht hat, dürfte nach meiner Auffassung unschwer feststellen, dass ein zuschussfreier Betrieb der Radstation nicht möglich ist. Aufgrund der beengten Räumlichkeiten dürfte ein Verkauf von Neufahrern ausscheiden. Es verbleibt die Reparatur, wobei auch hier die Einschränkung besteht, dass die eine spezielle Ausbildung erfordernde Reparatur von Elektrofahrrädern nur in sehr eingeschränktem Maße möglich ist. Die geforderten Öffnungszeiten bedingen unter Berücksichtigung von Urlaubs- und Krankheitszeiten einen Personaleinsatz von mehr als zwei Vollzeitkräften. Deren Kosten kann der Betrieb der Radstation auch dann nicht aufbringen, wenn dem privaten Betreiber die Räumlichkeiten pachtfrei überlassen würden. Eine darüber hinausgehende Unterstützung eines privaten Betreibers dürfte rechtlich kaum möglich sein.

Es ist bedauerlich, dass sich Rat und Verwaltung im Vorfeld nicht eingehend mit der Situation der Radstation auseinandergesetzt haben. Nach meinem Kenntnisstand sind zum Beispiel keine Gespräche mit den dortigen Mitarbeitern geführt worden. Insbesondere hat es keine gemeinsamen Überlegungen gegeben, wie eventuell Einsparungen erzielt werden können. Das vom Rat gewählte Vorgehen, zunächst eine - wohl auch nach dortiger Einschätzung wahrscheinlich erfolglose - Ausschreibung durchzuführen und dann erneut in Verhandlungen mit dem Verein „Pro Arbeit“ einzutreten, ist bedenklich. Die Frage, ob die Radstation privatwirtschaftlich gewinnbringend betrieben werden kann, müssen Rat und Verwaltung vorab prüfen, um nicht Gefahr zu laufen, dass einem Anbieter der Zuschlag erteilt wird und dieser Anbieter kurze Zeit später aufgibt. Auch die Mitarbeiter der Radstation, die allgemein anerkannt gute Arbeit leisten, haben es nicht verdient, über längere Zeit im Unklaren darüber gelassen zu werden, ob ihr Arbeitsplatz erhalten bleibt oder sie demnächst arbeitslos werden. Völlig unberücksichtigt geblieben ist in der ganzen Diskussion die soziale Bedeutung der Radstation, die Personen eine Beschäftigungsmöglichkeit bietet, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine oder nur geringe Chancen

haben. Zurzeit arbeitet in der Radstation ein junger Asylbewerber aus Eritrea. Auch diese integrationsfördernde Maßnahme wäre bei dem privaten Betrieb der Radstation wohl kaum möglich.

Meine Bitte an Rat und Verwaltung geht dahin, das Ausschreibungsverfahren zügig durchzuführen, ein eventuelles Angebot kritisch zu überprüfen und gegebenenfalls dann einen längerfristigen Vertrag mit dem Verein „Pro Arbeit“ abzuschließen.

Mit freundlichen Grüßen